

Energiesparer, kalt erwischt

Energie-Vorbild Bund: Der Titel des Berichts, den das Bundesamt für Energie gestern in Dübendorf präsentiert hat, verspricht nicht zu viel. Die Bundesverwaltung samt SBB, Post, Swisscom und Skyguide erweisen sich darin als Musterknaben beziehungsweise -mädchen. Seit 2006 haben sie ihre Energieeffizienz um 26,7 Prozent gesteigert. Geplant waren nur 25 Prozent.

Wie das die Beteiligten geschafft haben, wird selbstverständlich auch verraten. Schliesslich ist es das erklärte Ziel, mit gutem Beispiel vor-



Eva Novak, Leiterin der Bundeshaushaltsredaktion, über die Sparbemühungen des Bundes.

auszugehen und dem Rest des Landes zu zeigen, «wie es geht». Offenbar mit viel Kreativität. So spart die Flugsicherung Skyguide Energie, indem sie die Instrumentenlandesysteme mit Drohnen anstelle von zweimotorigen, bemannten Flugzeugen wartet.

AUF 70 ZEILEN

Mindestens so viel Einfallsreichtum beweisen die SBB: Sie setzen ihre Kundinnen und Kunden zur Energieproduktion ein. Nicht in den Zügen, aber auf den Rolltreppen, von denen sie landesweit 272 Stück mit einem Energieverbrauch von 5 Gigawattstunden pro Jahr betreiben. Die Idee, die in Genf Cornavin getestet wird, heisst «Rekuperation»: Fährt die mit Menschen besetzte Rolltreppe nach unten, wird der Motor zum Generator und speist Energie ins Netz zurück.

Bei diesen Highlights des vergangenen «Energie-Vorbild Bund»-Jahres handelt es sich um spezifische Massnahmen – schliesslich verfügt nicht jedes Unternehmen, egal ob privat oder im Besitz des Bundes, über 272 Rolltreppen. Daneben werden in dem Bericht 39 Massnahmen aufgelistet, zu denen sich sämtliche Akteure verpflichtet haben. Diese reichen vom Verzicht auf den Bau neuer Ölheizungen über die Förderung von Videokonferenzen bis hin zur Bereitstellung von Velos samt Parkplätzen.

Ob alle Massnahmen alle Bundesstellen gleichermassen erfreuen, ist eine andere Frage. Bei Neubauten und Sanierungen von WC-Anlagen zum Beispiel ist nur noch Kaltwasser erlaubt – während das Bundesamt für Gesundheit unbeirrt als Massnahme zur Grippevorbeugung empfiehlt, die Hände mit Seife und heissem Wasser zu waschen. Immerhin: In den Duschen, deren Bau für die zu fördernden Velofahrer ebenfalls forciert wird, darf weiterhin heiss geduscht werden. So werden die Bundesangestellten zwar vielleicht krank. Zumindest für gutes Raumklima ohne störenden Schweissgeruch ist aber gesorgt.

eva.novak@luzernerzeitung.ch

Ueli Maurers Millionentrück

BUDGET Die Kosten für das Asylwesen drohen 2017 aus dem Ruder zu laufen. Der Bundesrat versucht sich mit einem Trick zu helfen. Daran übt auch die Partei des Finanzministers Kritik.

TOBIAS GAFAFER
schweiz@luzernerzeitung.ch

Die Kassenwarte sehen rot. Vor kurzem verabschiedete der Bundesrat für 2017 bis 2019 ein Stabilisierungsprogramm, das Minderausgaben von rund 1 Milliarde pro Jahr vorsieht. Dennoch rechnet Finanzminister Ueli Maurer 2017 mit einem Defizit von 600 Millionen Franken, wie er gestern vor den Medien sagte. Und dies, obwohl die Einnahmen um rund 2,6 Prozent steigen sollen. Die Schuldenbremse lässt aber «nur» ein Defizit von 350 Millionen zu. Der Bundesrat prüfte deshalb, für 2017 die Ausgaben weiter zu senken. Dies hätte etwa den Verkehr mit 85 Millionen, die Bildung mit 110 Millionen und die Armee mit 50 Millionen betroffen. Doch die Regierung verwarf diese Option.

Stattdessen greift sie gewissermassen in die Trickkiste. Erstmals seit der Einführung der Schuldenbremse will der Bundesrat 400 Millionen für das Asylwesen als ausserordentliche Ausgaben verbuchen. Die Mittel sollen dem Amortisationskonto belastet werden, auf das etwa die Einnahmen aus dem Verkauf von Mobilfunklizenzen fliessen. Der Bund schuf dieses für nicht steuerbare Ereignisse. So ein Ereignis liegt laut Maurer nun vor: Die Ausgaben für die Migration sollen 2017 um 850 Millionen steigen, primär für die Sozialhilfe. «Der Bundesrat kann die starke Zunahme der Asylgesuche nicht beeinflussen», sagte der Finanzminister. Verglichen mit anderen Ländern sei die Schweiz als Ziel nicht besonders attraktiv. Für 2016 geht Bern von 45 000 Asylgesuchen aus.

Ausgaben steigen weiter stark

Unter dem Strich rechnet der Bundesrat 2017 so mit einem strukturellen Überschuss von 100 Millionen. Trotz

aller Spar-Rhetorik wachsen die Ausgaben 2017 in vielen Bereichen weiter stark, am stärksten beim Sozialen (inklusive Asylwesen) und bei der Armee. Von einer harten Sparpolitik, wie sie viele EU-Länder kennen, kann also keine Rede sein. Leicht sinken sollen die Ausgaben beim Verkehr, bei der Entwicklungshilfe und der Landwirtschaft, wobei auch die Zahl der Bauernhöfe zurückgeht.

Für die nächsten Jahre sind die Ausgaben nicht besser. Im Gegenteil: Den Bundeshaushalt belasten diverse Beschlüsse des Parlaments, etwa beim neuen Strassenfonds und der Unternehmenssteuerreform III. Nicht einkalkuliert sind die Kosten der Annahme von Volksinitiativen. So würde allein ein Ja zur Vorlage AHV plus im September beim Bund ab 2028 zu Mehrkosten von 800 Millionen führen.

Finanzminister Ueli Maurer erwartet ab 2018 Defizite von 1,4 bis 2 Milliarden. In diesen Jahren sei deshalb ein neues Stabilisierungsprogramm nötig, für das der Bundesrat im Herbst die Eckwerte festlegt.

Bei der Entwicklungshilfe kürzen

Die hohe Kadenz der Entlastungsprogramme ist unbefriedigend. Deshalb will Maurer längerfristig mehr Spielraum, indem der Bund auch gebundene Ausgaben, also etwa im Sozialbereich, unter die Lupe nimmt. Zudem wagt sich der Bundesrat an eine heilige Kuh: Er will bis Ende Jahr Anpassungen an der Schuldenbremse prüfen. Strukturelle Überschüsse, etwa vom letzten Jahr, fliessen heute in den Schuldenabbau. Maurer brachte die Idee ins Spiel, dass Kreditreste auch im Folgejahr verwendet

werden können. Im Parlament ist mit Widerstand zu rechnen.

Speziell die ausserordentlichen Ausgaben für das Asylwesen stossen auf Opposition. Ueli Maurers Partei, die SVP, kritisierte den Trick scharf. Der Bundesrat vertusche damit die Realität. Kritik übt auch die CVP. Nationalrat Leo Müller (Luzern) warnt auf Anfrage vor einem Dammbreach: «Man findet immer eine Ausrede.» Er schlägt stattdessen vor, die Mehrausgaben fürs Asylwesen bei der Entwicklungshilfe zu kompensieren. «Es wäre falsch, bei der Bildung, der Landwirtschaft oder der Armee zu sparen.» Sein Vorschlag überrascht die FDP. «Ausgerechnet die CVP wollte in der Sommersession nicht bei der Entwicklungshilfe kürzen», sagt Nationalrat Albert Vitali (Luzern). Auch seine Partei spricht aber von einer «gefährlichen Tendenz».



Finanzminister Ueli Maurer (SVP) gestern an der Medienkonferenz zum Staatsbudget in Bern.

Keystone/Peter Schneider

Hoteliere fürchten um arabische Gäste

LUGANO Morgen tritt im Tessin das Anti-Burka-Gesetz in Kraft – just zur Sommerferienzeit. Das Verbot der Gesichtverhüllung ist eine Premiere in der Schweiz.

Nach jahrelangen Diskussionen, Parlamentsdebatten und einer Volksabstimmung ist es so weit: Am morgigen 1. Juli tritt im Kanton Tessin das sogenannte Anti-Burka-Gesetz in Kraft. Damit ist es untersagt, das Gesicht im öffentlichen Raum zu verhüllen. Frauen, die Niqab oder Burka tragen, können mit einer Busse zwischen 100 und 1000 Franken belegt werden. Im Wiederholungsfall sind sogar Strafen bis 10 000 Franken möglich.

Ausgesprochen werden die Bussen von den Gemeinden beziehungsweise Gemeindepolizeien. Erst vor kurzem wurden diese instruiert und angewiesen, bei der Anwendung des Gesetzes Augenmass und Verhältnismässigkeit zu wahren. Oder anders gesagt: Es soll zuerst eine Aufforderung ergehen, die Verschleierung abzulegen. Die Busse kommt erst in einem zweiten Schritt.

Wenig Freude an den neuen Dispositionen hat die Tessiner Hotellerie. «Wir haben erste Stornierungen von arabischen Gästen erhalten», erklärte dieser Tage der Präsident des Tessiner Hoteliervereins, Lorenzo Pianezzi, im «Giornale del Popolo». Für die Tessiner Tourismusbranche, die bereits seit Jahren in einer Krise steckt, ist das Burka-Verbot eine zusätzliche Belastung. Der arabische Markt war bisher ein Wachstumsmarkt. Jetzt werden die Hotels aufgefordert,

arabische Gäste bei der Buchung aktiv und transparent zu informieren.

Legia dei Ticinesi macht Druck

Der kantonale Justizdirektor Norman Gobbi (Legia) hat klargemacht, dass das Gesetz strikt angewandt wird, um den Volkswillen zu respektieren. Im September 2013 hatte das Tessiner Stimmvolk eine entsprechende Volksinitiative mit 65,4 Prozent Ja-Stimmen angenommen. «Auch für Touristinnen wird es keine Ausnahmen geben», betonte Gobbi.



«Auch für Touristinnen gibt es keine Ausnahme.»

NORMAN GOBBI,
LEGA-REGIERUNGSRAT

Reagiert hat bereits die saudische Botschaft in Bern, die ihre Staatsangehörigen in einer offiziellen Erklärung darauf aufmerksam machte, dass das Tragen einer Burka oder eines Niqabs im Kanton Tessin ab 1. Juli verboten sein wird: «Die Botschaft erinnert ihre ehrenwerten Bürger an die Notwendigkeit, die Schweizer Vorschriften zu beachten und zu respektieren, um allfällige Probleme zu vermeiden.»

Die Tessiner Hoteliere erkennen in dieser Mitteilung allerdings eine Doppel-

deutigkeit. Denn sie könnte schlicht als Aufforderung gelesen werden, den Kanton Tessin künftig einfach nicht mehr zu bereisen. Tatsächlich geht der Tessiner Verkehrsverein davon aus, «dass weibliche Gäste, die ihr Gesicht verhüllen wollen, das Tessin künftig wohl meiden werden».

Gleichwohl hält Ticino Turismo fest, dass die Bedeutung des Verhüllungsverbot für die Tourismusbranche nicht überschätzt werden dürfe. Mit rund 45 000 Übernachtungen im Jahr 2015 entspreche der Anteil der Gäste aus den Golfstaaten gerade mal 2,1 Prozent des Gesamtvolumens. Und nur ein kleiner Teil dieser Gäste trage Burka oder Niqab. Doch manche Luxusgeschäfte von Lugano edler Einkaufsmeile Via Nassa oder dem beliebten Outlet-Center Foxtown in Mendrisio werden das Ausbleiben eines Teils der arabischen Klientel sicherlich spüren.

Schon heute die erste Busse?

Zu einer ersten Busse könnte es indes bereits am Freitag kommen. Nora Illi, konvertierte Muslimin aus Uster und Frauenbeauftragte des Islamischen Zentralrats der Schweiz, will in ihrer üblichen Verschleierung ins Tessin reisen, um gegen das Verbot zu protestieren. Wie schon im Dezember in Locarno möchte der algerische Unternehmer Rachid Nekaz an ihrer Seite sein. Dieser hat angekündigt, alle Bussen übernehmen zu wollen, «um das Gesetz zu neutralisieren». Später will er sogar vor den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte ziehen, um die «unverhältnismässig hohen Geldstrafen» anzufechten.

Giorgio Ghiringhelli, Vater der Anti-Burka-Volksinitiative, ist derweil zufrieden, dass die Vorschrift nach all den

Initiative für landesweites Verbot

VERHÜLLUNG gl. Das «Egerkinger Komitee» um den Solothurner SVP-Nationalrat Walter Wobmann, das schon mit dem Bauverbot für Minarette erfolgreich war, will nach dem Vorbild des Kantons Tessin landesweit ein Gesichtverhüllungsverbot festschreiben. Für dieses Anliegen wurde im März 2016 die eidgenössische Volksinitiative «Ja zum Verhüllungsverbot» lanciert. Die Bundeskanzlei hat die Initiative vorgeprüft und für gültig befunden. Die Initianten haben bis am 15. September 2017 Zeit, die für das Zustandekommen der Initiative nötigen 100 000 gültigen Unterschriften zu sammeln.

Jahren endlich in Kraft tritt. Viele Initiativen hat der ehemalige Journalist und politische Einzelkämpfer aus Losone lanciert. «Aber diese Initiative war die Schlacht meines Lebens», sagt er. Dass im Tessin praktisch kaum verhüllte Frauen zu sehen sind, hat seinen Eifer nicht gebremst. «Ich kämpfe gegen religiösen Fanatismus», verteidigte Ghiringhelli sein Engagement. Dass ausgerechnet aus Frankreich und Belgien, wo ein Verbot der Gesichtverschleierung existiert, besonders viele religiös motivierte Terroristen kommen, macht ihn nachdenklich, ändert aber nichts an seiner Haltung: «Dort hat man einfach zu spät gehandelt.»

GERHARD LOB
schweiz@luzernerzeitung.ch

NACHRICHTEN

Mehr Transparenz bei Lebensmitteln

SCHWEIZ/EU sda. Gemäss Casside-Dijon-Prinzip dürfen in der EU in Verkehr gebrachte Lebensmittel grundsätzlich auch in der Schweiz verkauft werden. Ab nächstem Jahr muss aber ersichtlich sein, nach welchen technischen Vorschriften sie hergestellt wurden. Der Bundesrat hat gestern eine entsprechende Verordnungsänderung beschlossen.